

Organ der Kommunistischen Partei Deutschlands für Halle-Merseburg

Erscheint jeden Freitag nachmittags. Bezugspreis frei Haus monatlich 14.50 RM. Durch die Post monatlich 14.50 RM. ohne Postgebühren. Bezugs- und Anzeigengeschäfte: Zentral 1047. Geschäftszeiten: Zentral 1045. Erscheinung 12-1 Uhr.

Der Anzeigenspreis beträgt 130 Pf. für den Millimeter Höhe und Breite: 500 Pf. für die Zeile, einschließlich aller den bezugsfähigen Textteilen. Anzeigen bis vormittags 9 Uhr eintreffen, größere tags vorher. - Postfachkonto: Leipzig 1088 48. Fritz Koch, Halle

Einzelpreis 70 Pf.

Mittwoch, den 22. März 1922

2. Jahrgang, Nr. 69

Bier Steuervorlagen durchgepeitscht!

Reichstagsberatung vom 21. März 1922

Der Schnapsbrot-Reichstag macht schnelle Arbeit. In zwei Tagen wurde das Vermögenssteuergesetz, das Zinnschuldenergesetz, das Nachkriegsgewinnsteuergesetz und das Körperlichkeitssteuergesetz in zweiter Lesung durchgepeitscht. Man wollte sogar noch das Kapitalertragssteuergesetz in Angriff nehmen. Das konnte aber noch durch Einspruch verhindert werden, da man hofft, bis Freitag die übrigen zehn Vorlagen durchzubringen.

Nach Erledigung dieser kleineren Anfragen, von denen eine rechtssozialistische sich über den Verlust von Reichsmark mit militärischen Mitteln bekümmerte, wurde der Gegenstand über die Verlängerung der Geltungsdauer der Vermögensertragsverordnung einem Ausschuss überwiesen. Hieran schloß sich die Fortsetzung der

zweiten Lesung der Vermögenssteuervorlagen

Der Unabhängige Herr z. B. beantragte, den Zulufuß zur Vermögenssteuer bis auf 300 Mill. steigen zu lassen. Dr. Helfferich widersprach dem namens der Reichsrentenanstalt. Genosse Hölllein stellte die Fortsetzung der Steuerabgabe durch das Bürgerum fest. Das Kammer über die Unentgeltlichkeit der Steuer ist ausgelegt. Schwindel und er trat im einzelnen den Beweis dafür an. Das Gesetz führt dem Kapital folgende Vorteile: Umwandlung der Steuersumme nach unten, Steuerfreiheit von 100 000 RM. für jedes Vermögen, 100 RM. Steuerersatz pro Kind bei Vermögen bis zu 500 000 RM. Zinsen stellen die höchsten Steuerlasten für die natürlichen Personen. Juristische Personen zahlen nur 1/4 von laufender Steuer und dazu 1/5 Prozent Zulufuß. Genosse Hölllein weist nach, daß bei 250 000 RM. Vermögen und zwei Kindern nur 0,028 Prozent Steuer zu bezahlen sind. Er geht die ganze Staffel durch und stellt fest, daß die Steuerbelastung bei 50 000 RM. Vermögen nur 2/3 pro Hundert beträgt und bei 100 000 000 RM. Vermögen macht die Belastung nur 2/3 pro Hundert aus. Bei juristischen Personen ist die Belastung noch weit geringer. Sie geht schließlich bei den größten Vermögen nicht über 0,37 Prozent einschließlich Zulufuß hinaus. Das ganze Gesetz über die hohe Steuerbelastung beruht in nichts, sobald man es aus dem Dunkel der Demagogie in das helle Licht der Wirklichkeit hinstellt. Die Steuer ist möglich nicht unzureichend. Sie ist bei weitem kein Anreiz für die gewalttätige Steuererhöhung der breiten Massen. Wir beantragen deshalb, nur den kleinen Vermögen eine gewisse Steuerfreiheit einzuräumen und im übrigen die Durchschlagung zu bekräftigen. Jede neue Staffel soll den wirklichen Steuerfuß für das Vermögen entsprechen.

Wir setzen dem Schwindelkariff der Regierung und des Ausschusses und der Sozialdemokraten einen durchschlagigen, schlichten Tarif entgegen.

Der, unter Schonung der kleinen Vermögen von 0,2 Prozent in talcher Steigerung auf 4 Prozent ansteigt. Das ist das mindeste, was wir angeht die Einkommensteuer der Proletariats fordern müssen. Zumal die Nachkriegsgewinnsteuer verschwinden soll, die Vermögenszuwachssteuer und die Körperlichkeitssteuer gewaltig vermindert werden ist.

Lehnen Sie unsere Anträge ab, so werden Sie das Proletariat gewalttätig in die Verzweiflung hineintreiben.

Der Schnapsbrot stimmte geschlossen die kommunistischen Anträge nieder. Beim 3. B. begründete der Genosse Hölllein einen Antrag, der die Regierung verpflichtet, am Ende eines jeden Kalenderjahres das Vermögenssteuergesetz dem Reichstag vorzulegen. Die Vermögenssteuervorlagen der neu einsetzenden Geldentwertung anzupassen. Die faule Steuereinstellung bei Einkommen- und Vermögenssteuern haben das Reich um ungeheure Summen geprellt.

Die wachsende Geldentwertung drückt die Steuern der Besitzenden auf einen Nullpunkt herab.

Bei Einführung der bisherigen Werbung müssen wir schnell in überhöhten Verhältnissen hineinstürzen. Beim Proletariat passen sich die Steuern automatisch herab. Sie werden praktisch immer von dem jeweiligen Lohne erhoben. Das gilt für die Einkommensteuer wie für die Verbrauchssteuer. Die langfristige Festsetzung des Steuerfußes und der Steuerumlage ist ein ungeheurer Fehler. Der Staat muß sich als bester Helfer des Steuerbeitrags. Die Anträge des Kommunisten und der Unabhängigen werden vom Schnapsbrot geschlossen nicht berücksichtigt. Die Prinzipien der Steuerentlastung werden dagegen zum Besten erhoben. Am 21. März war der Reich der Vermögenssteuergesetz durchgepeitscht, da die Reichsparteien absichtlich schweigend. Hieran schloß sich die Beratung des

Vermögenszuwachssteuergesetzes.

Hierzu sprach von der NSD. So d. m. n., der ein früheres Namensrecht des Gesetzes forderte. Genosse Hölllein forderte namens der Kommunisten die Herabsetzung der steuerlichen Grenze von 100 000 auf 50 000 RM. Das Gesetz will den Vermögenszuwachs erfüllen. Dadurch entfällt das Instrument von der Größe und der Stellung des Vertriebsmittels. Wer aus der nachfolgenden Art des Postes große Gewinne machen konnte, soll einen großen Teil davon an das Reich zurückgeben. Auch die Zinnschuldener entfällt weder einer gerechten Verbesserung noch der Finanznot des Reiches, noch dem Nationalismusgeheim der Besitzenden. Der einzelne Bourgeois ist bei weitem unerschütterlicher als der deutsche. In einer Zeit der allgemeinen Verarmung der Bevölkerung muß der Vermögenszuwachs, der meist durch Gewinn, Schwindel und Betrug an den Wirtinnen erzielt wurde, hart steuerlich bestraft werden. Wir beantragen des-

halb, schon bei einem Zuwachs von 100 000 RM. 3 Prozent Steuern zu erheben, um dann in Stufen von 5 zu 5 Prozent bei 6 000 000 RM. den Höchstfuß von 50 Prozent zu erreichen. Die Mehrheit des Reichstages wird natürlich diese Anträge ablehnen.

Das Volk aber brauchen wird ihnen eines Tages seine Luitung für die Steuerraubpolitik erteilen

Der Schnapsbrot stimmt natürlich auch hier wieder alle Abänderungsanträge geschlossen nieder. Die Sozialdemokraten können sich zu dem Steuerkompromiß, während das Bürgerum auch jetzt noch verschleierte Verschleierungen für die breiten Massen hineinzuhaufen versteht. Es kommt nunmehr an die Reihe des

Nachkriegsgewinnsteuergesetzes,

das vom Steuerzuschuß zur Abhebung empfohlen wird und das gemäß dem Steuerkompromiß fallen soll. Der K. u. W. Mann Kurt Geyer und der Unabhängige So d. m. n. treten für die Erhebung der Nachkriegsgewinnsteuer ein. Ihnen folgt

Genosse Roosen:

Die Sozialdemokratie schweigt. Sie will sich nicht öffentlich verantworten für die Preisgabe der drei Milliarden, die das Gesetz dem Reich bringen sollte. Um Ausschluß und in der Begründung der Regierungsvorlage hat die Regierung die unbedingte Notwendigkeit dieser Steuer hart unterstrichen. Sie läßt eine noch einwirkende Wunde zwischen der alten Schlüsselsteuer und der neuen Vermögenssteuer aus. Auch technische Schwierigkeiten der Steuererhebung befinden nicht. Die Sozialdemokraten lassen diese Regierungserklärung vollkommen unbeachtet. Sie wollen nicht, wie die Regierung, die neuen Weiden, die Wärdner, die Gelehrten und Geschäftshändler zur Steuer heranziehen. Sie werfen sich zum Schutz dieser Kriegsgewinnsteuer und Wucherer auf. Das ist nur ein vordergründlicher, als die Vorlage der Regierung eine hohe Preissteigerung vorsetzt. Es sollten nur Vermögensgewinne von über einer halben Million befreit werden.

Die Sozialdemokraten wollen also nicht diese Wucherer-millionäre bestrafen. Statt dessen verherrlichen sie die Lohnsteuer der Arbeiter

als die denkbar geringste und sozialste Steuer der Welt. Gegen die Arbeiter hat man Courage, vor den Kapitalisten kriecht man ins Wankloch.

Auf den Kopf der Bevölkerung entfallen demnach 1485 Mark Steuern, das macht pro Durchschnittsfamilie 7500 Mark und ist die Hälfte des Durchschnittseinkommens der Arbeiter.

Währenddessen fließt das Kapital in immer größerem Maßstabe ins Ausland. Allein die Stahl- und Eisenindustrien haben zwei Milliarden Goldmark Außenkredit ins Ausland, das sind 120 bis 150 Kapitalmilliarden. Die Ausfuhrabgaben der Industrie sind lächerlich gering und werden ab und zu die Regierungswinn. Für einen kleinen Apparat der Reichsfinanz 40 000 Mark kostet, heimlich die Herren in Kasernen 180 000 Mark ein und lassen diese Kapitalien im Ausland fließen, um sie nicht verlieren zu müssen. Wir Kommunisten sind bereit, für diese drei Milliarden Nachkriegsgewinnsteuer zu stimmen. Die Sozialdemokraten müßten mit uns darüber kämpfen, wenn sie ernstlich an den Forderungen des V. D. G. sind. Die Sozialdemokraten gehen jetzt auch ihre letzten restlichen Forderungen preis. Ihnen ist nichts wichtiger als die Geldentwertung der Nation. Sie wollen demnach auch keine Erhebung in den Reichsfinanz. Ihr gegenläufiges Verstehen ist als elender Schwindel entlarvt.

Der Rechtssozialist Kahmann, während über die Entlastung seiner Gewinnpolitik, verlegte sich nunmehr auf Schimpfen und Beschuldigen. Er rechnete den Genossen Herr z. B. und mit ihm die Kommunisten moralisch zu diskreditieren.

Genosse Roosen sagte die arbeitslose und lächerliche Kampfesweise des Herrn Kahmann gegenüber fest und biente dann den Moralpredigern auf den Bänken der Rechtssozialisten und des Bürgerturns. Der Fall Herr z. B. ist nicht geeignet, die Gewinnpolitik der Rechtssozialisten zu verurteilen. Dreißigster vermögen politische Argumente nicht widerlegen. Schwelgerechnungen erweist im Reichstag zu wiederholen. Der NSD. Mann Herr z. B. legte Wertung ein gegen die Behauptung Dr. Herms daß er verurteilt werde. Die Rechte sollte wie befehlen. Herr z. B. stellte fest, daß nur Zahlen gegen den Minister vorgebracht wurden.

Die Nachkriegsgewinnsteuer wurde hierauf unter Ablehnung aller Anträge der Kommunisten und Unabhängigen von der Schnapsbrot beschlossen. In zweiter Lesung ebenfalls abgemurrt. Und im Galoppemarsch ging es nunmehr an das

Körperlichkeitssteuergesetz.

Die Anträge der Unabhängigen auf stärkere Erlassung des Kapitals und der kommunistische Antrag auf Herabsetzung der Steuer von 20 auf 30 Prozent, den Genosse Hölllein begründete, wurde niedergeschmetzt. Im übrigen nahm der Schnapsbrot einen Paragraphen nach dem anderen an. In dem um 2 1/2 Uhr das Gesetz durch einen einstimmigen Beschluß geht über die Bedingungen und Garantien, die Deutschland als Gegenleistung für den ihm vorläufig bewilligten teilweisen Zahlungsaufschub aufzuerlegen sind.

Die Rechnung der Entente

Paris, 22. März. (Havas.) Die Reparationskommission hat einstimmig die von Deutschland im Jahre 1922 für das Reparationskonto und für die Belastungsbereue zu leistenden Zahlungen auf 720 Millionen Goldmark in bar und auf 150 Millionen Goldmark in Zahlungsformen festgelegt. Genoss hat die Kommission einen einstimmigen Beschluß gefaßt über die Bedingungen und Garantien, die Deutschland als Gegenleistung für den ihm vorläufig bewilligten teilweisen Zahlungsaufschub aufzuerlegen sind.

Umgerechnet auf den heutigen Stand der Mark ist dies nur die kleine Summe von 651 000 Millionen Mark, die an die Entente in einem Jahre abzuführen sind. Nach Angaben eines Schweizer Blattes ist die Summe, die unsere Soldaten und Patrioten nach der Schweiz geschickt haben, um ein bedeutendes höher. Zu dem ungeheuren Milliardenbetrag, das das deutsche Proletariat durch Hunger und Elend zu Fuß und Zerrumen der Kapitalisten befreit, gibt es kein Finanzproblem, sondern ein Wirtschaftersproblem. In die den 10 Forderungen des V. D. G. enthaltene Forderung der Außenhandelskontrolle und Zensurenabgabe gibt die Möglichkeit, die Auslandskontrollen bei der Aufbringung der Milliardenwerten mit heranzuziehen. Die NSD. plant auf die 10 Forderungen des V. D. G. Die Arbeiterkraft muß deshalb schließlich auf den Plan treten, um sich der wirkenden Hand der kapitalistischen „Auflocker“ zu erwehren.

Der „kommunistische Hochverrat“

Severing will „Fraktur reden“

In der heutigen Hauptversammlung, an der Severing und Weismann als Regierungserzieher teilnahmen, interpellierte Genosse Kay Severing wegen der Einbürgerung der Polizei in der Münzfrage. Unter lauten Beifall der Reaktionsäre und der Sozialdemokraten wurde Severing die Forderung der Berliner Polizei, Ausländerinnen vorzunehmen, die es ermöglichen, über die Pläne der Kommunisten Material zu verschaffen und sich dabei durch hundertfaches Gehalt von Abgeordneten betreten zu lassen. Mit den Kommunisten werde von jetzt an Fraktur gesprochen!

Severings Verhörungen lassen einen Zweifel darüber, daß der ganze Feldzug des Herrn Weismann eine planmäßig organisierte Unternehmung der Regierung gegen die Kommunisten ist. So wie damals durch die Entfaltungen des „Vorwärts“, so soll auch jetzt die Arbeiterkraft, die über die Steuerpolitik der NSD. empört ist, durch ein Vorgehen gegen die Kommunisten verwirrt werden.

Die Herrschaften möchten gern etwas Besonderes haben, um einen Schlag gegen die Kommunistische Partei zu führen. Aber das wird ihnen nicht gelingen. Auch die Geschichte von dem Hochverrat, begangen durch eine Funktionäre, wird ihnen nicht helfen. Denn diese Funktionäre war eine Annahmefunktion, die kein Telegramm und keine Meldung aufgeben konnte. Sie konnte höchstens Nachrichten empfangen. Zudem war diese Funktionäre überhaupt noch nicht in Betrieb gesetzt worden. Woher hier der Hochverrat kommen soll, das mögen Herr Weismann und Herr Severing wissen.

Im übrigen wissen die Herrschaften in der Regierung ganz genau, daß es in Deutschland eine große Anzahl solcher Funktionäre gibt. Sie haben bisher deswegen kein so großes Aufsehen gemacht. Nur jetzt, um man irgendeinen Vorwand zu einem Vorgehen gegen die Kommunisten braucht, ist man auf die Funktionäre verfallen. Die hingerichteten Blätter, die ganze Seiten mit allerlei Schauermärchen über den „kommunistischen Hochverrat“ füllten, bezeugen, daß der Staatsminister Weismann bemerkt habe, die kommunistischen Zeitungen hätten sich ruffähig für illegale Weise besorgt und früher als alle anderen Zeitungen veröffentlicht. Wenn Herr Weismann sich die Worte genommen hätte, die „Kote Fahne“ zu lesen, so würde er daraus erfahren, daß wir die Nachrichten aus Sowjet-Rußland nicht früher veröffentlicht, als die anderen Blätter. Vielleicht erinnert sich Herr Weismann noch, daß die „Deutsche Zeitung“ während des russischen Vormarsches auf Warschau in der Lage war, die Tagesberichte der Roten Armee an demselben Tage zu veröffentlichen. Hat Herr Weismann damals auch seine Spindel mobilisiert. Das Ganze wird um Ausreden und Vorwände. Ausreden und Vorwände, um Verhörungen vornehmen zu können, um Fälschungen nachahmen zu können, um den kommunistischen Parteibürokraten das Unterste zu oberst zu setzen.

Die Kommunistische Partei ist es, die jetzt die Interessen der gesamten Arbeiterkraft vertritt. Mit Polizei und Spitzeln werden die

Weswegen um die anderen SPD-Mitglieder die Massen ebenfalls wenig einfließen, wie zudem mit Wahlen und Versprechungen. Die Parteien in der Regierung mögen sich nicht täuschen. Die Arbeiterschaft ist nicht stumm. Auch sie kann Brutus sprechen.

Generaloffensive gegen den Achtstundentag

Das Groskapital, das sich weniger mit Mühen abgibt, als die gewerkschaftlichen Arbeitseingangsstellen, das die Lösung der gestellten Aufgaben rücksichtslos mit realpolitischen Maßnahmen ansieht, läßt keine Zweifel mehr. Der Achtstundentag in Deutschland ist nicht zu halten. Er ist nichtig, weil die große Masse des deutschen Proletariats es unterlassen hat, die gewerkschaftlichen Organisationen aus der Arbeitseingangsstelle herauszuschieben und sie in die Front der Klassenkampf einzustellen.

Die Hauptmacht des Proletariats stand auf Seiten der Unternehmer. Sie mußten dann selbstherrlich siegen. Es hilft kein Jammer und Klagen: das deutsche Proletariat hat versagt; es hat den Achtstundentag preisgegeben, wenn es nicht noch in letzter Stunde alle Kräfte sammelt, um den furchtbaren Schlag abzuwehren.

Mit der beschleunigten Verlängerung der täglichen Arbeitszeit ist verknüpft eine erhebliche Verschlechterung der Lebenshaltung. Das Kapital weilt, es kämpft um Geld oder Nicht-Geld. Und sein Geld bezieht 12 bis 14tägige Arbeitslosigkeit für Arbeiter und Angehörige, weniger Brot, weniger Kleidung für alle Proletarier, Frauen und Kinder eingeschlossen.

Nur sind die Demobilisierungsverordnungen, soweit sie Einkünfte und Entlassungen von Arbeitern, Betriebsverfleinerungen und -Störungen umgrenzen, noch bis zum 31. Oktober in Geltung. Damit ist der Achtstundentag nicht geschützt. Praktisch ist er in einer Reihe von Gewerbetrieben und in Staatsbetrieben schon durch längere Arbeitszeiten zum historischen Gerüst geworden worden. Verschiedene Gewerkschaften wollen diesen Zustand zu einer allgemeinen Einschränkung machen, der der amtliche Stempel aufgedrückt wird.

Der Achtstundentag wird in kurzer Zeit nach dem Willen der Unternehmer zu den haarscharfen Einrichtungen durch die Stimm- mit Hilfe der Gewerkschaftsbureaufreuten übergeben. Praktisch arbeitet das Unternehmertum mit der größten Raffinesse durch verschiedene Methoden vor. Die „Königliche Zeitung“ vom 15. März empfiehlt, freie Verträge mit den Arbeitern zu schließen, in denen die Beschäftigten sich freiwillig zu längerer Arbeitszeit verpflichten. Lohnförderungen und Preissteigerungen sind vorzügliche Mittel, derartige „Freiwilligkeit“ zu erlangen.

Am Donnerstag und Freitag steht ein Hauptclou bevor: die Stimmlose wollen im Sozialpolitischen Ausschuss und im Reichswirtschaftsrat sachverständige Urteile darüber abgeben, daß der Achtstundentag abgeschafft werden muß. Arbeiter, leid auf der Haut!

75 Prozent Teuerung in zwei Monaten

Der „Frankfurter Zeitung“ vom 19. März entnehmen wir eine Uebersicht über das Ansehen der Preise für die wichtigsten Lebensmittel in den letzten neun Wochen. Danach sieht man für ein Pfund:

| | |
|---------------------------|-------------------|
| am 7. Januar 1922 | am 18. März 1922 |
| Erbölen | 2,90 M. 4,20 M. |
| Gebölen | 4,60 M. 6,80 M. |
| Erbsen | 7,80 M. 11,50 M. |
| Schmalz | 26. 37. M. |
| Margarine | 18,50 M. 22,50 M. |
| Cartons-Kaffee | 44. 70. M. |
| Kartoffeln | 1,25 M. 2,50 M. |
| Ei | 0,85 M. 0,90 M. |
| Guder | 6. 9. M. |
| Drei-Pfund-Brot | 7,50 M. 11. M. |
| (auf Mehl) | |
| Zwei-Pfund-Brot | 6,25 M. 11,25 M. |
| (ohne Mehl) | |

Wie diese Uebersicht zeigt, schwankt die Steigerung der Preise zwischen 50 und 100 Prozent. Da im Großhandel die Preise für Lebensmittel aber erst gleichzeitig mit dem weiteren Ansteigen des Dollarkurses immer höher in die Höhe kletterten, so werden sich auch im Kleinhandel die Preise für alle Lebensmittel weiter nach oben entwickeln.

Der Streik der Metallarbeiter in Süddeutschland

In Württemberg befinden sich bereits 60 000 Metallarbeiter im Streik. In einer Reihe von Betrieben hat bereits noch über 10 000 Arbeiter gekündigt worden. In Bayern sind ebenfalls eine beträchtliche Zahl gekündigt worden, nachdem die Hirsch-Verfahren und christlichen Metallarbeiter erkrankt erklärt haben, daß unter keinen Umständen Streikarbeit verrichtet wird. Daraufhin hat der Verband der bayerischen Metallindustriellen mit der Ausnahme von der Metallarbeiter in der nicht besetzten Betriebe begonnen. In Nürnberg ist die technische Hilfe eingeleitet worden gegen die Metallarbeiter, angeblich darum, weil der Streik eine Störung von Eisenbahnen ergeben hat.

Aus dieser Begründung können die Arbeiter ersehen, zu welchen Konsequenzen das neue Streikgesetz des DGBB, und eine Militarisierung der Technischen Hilfe führen wird, wie hier Coventry in England hat.

Reichstag gegen den Reichswirtschaftsrat

Der Hauptauschuss des Reichstages hatte sich gestern mit dem Etat des Reichswirtschaftsrates zu befassen. Die Abgeordneten aller sämtlicher Parteien, die in der Nationalversammlung für einen Reichswirtschaftsrat sich eingesetzt hatten, traten gestern gegen die Resolution auf. Eine Ausnahme bildeten lediglich die Sozialnationalen. Unter dem Sprechen des Zentrums, der Deutschen Demokraten und der Sozialisten wandte sich auch der rechtssozialistische Abgeordnete Strauß gegen den Reichswirtschaftsrat, der einen Etat von fast 25 Millionen Mark nicht wert sei. Dagegen war Robert als Reichswirtschaftsminister und Vertreter der Regierung sprach der Meinung, es müsse in Hinblick auf den Reichswirtschaftsrat bei den in der Verfassung festgelegten Gesichtspunkten bleiben.

Der unabhängige Abgeordnete Aufhäuser schloß sich den Vorrednern an und trat für die baldige Errichtung eines unabhängigen Reichswirtschaftsrates ein.

Daß der Hauptauschuss des Reichstages den Vorläufigen Reichswirtschaftsrat als unannehmbar ablehnen aus dem Wege räumen will, steht im Widerspruch zum Artikel 165 des Reichsverfassung. Dieser Artikel legt vor, daß die Arbeiterkammer (Reichswirtschaftsrat, Reichsarbeiter, Reichsarbeiter) durch Unternehmervertreter „vollständig“ werden sollen. Das Recht des Reichswirtschaftsrats ist beschränkt auf die Vertretung von Gutachten und die Beratung von Gesetzesentwürfen. Wenn heute die Boute-

lllette nicht die Vollmacht wieder bekommen will, so ist es ein Zeichen, daß heute ihre Stellung im Parlament fest geworden ist und sie eine Stärkung durch Institutionen wie den Reichswirtschaftsrat nicht mehr nötig hat. Das getriggerte Verhalten der bürgerlichen Parteien im Hauptauschuss des Reichstages zeigt also, daß die Bourgeoisie ihre Macht dem deutschen Proletariat gegenüber konsolidiert hält, und in dieser Hinsicht ist die Resolution eine Karikatur zur Streichung des Glanz der Sozialistengesetzgebung.

Streik der Bremer Milchlieferanten

Der Hungerstreik der Bremer Milchhändler hat eine erhebliche Erschütterung erfahren. In einer Verhandlung wurde beschlossen, ab Freitag, 17. März, jede Milchlieferung, auch für Kranke und Säuglinge, einzustellen. Durch diese Maßnahmen beschließen die Milchlieferanten, auf die Behörden einen Druck auszuüben, damit diese sich bereit erklären, ein Schlichtergericht zur Festsetzung eines angemessenen Milchpreises einzusetzen. Ohne Besondere Wert darauf zu legen, daß höhere Preise für Milch zugestimmt werden, wollen die Milchlieferanten, mit denen sich die Milchhändler seitdem erklärt haben, durchgehen, daß die Höchstpreisverordnung grundsätzlich fällt und sich der freie Handel auch auf dem Gebiete der Milchversorgung entwickeln wird.

Dieser Hungerstreik der Bremer Milchhändler und der Großhändler entspricht vollkommen der Art, für die Reichslandhand seit langer Zeit lebhaft propagandiert wird. Es entspricht vollkommen der Methode, die auf dem letzten Reichslandhandtag in Hannover als Resolution aufgestellt wurde, die darauf hinauslief, daß die Unker und Großhändler anfangs, sie würden jegliche Art von Beschränkung, jede Art von Umlageverfahren und jede Preisbindung mit allen Mitteln bekämpfen.

Dieser Streik der Großhändler und Milchhändler ist etwas durchs anders, als der Streik der Eisenbahner. Beim Eisenbahnerstreik handelte es sich um Erstgenossen der Eisenbahnarbeiter und -Beamten. Beim Streik der Großhändler und Milchhändler handelt es sich um die Herausforderung ihres Profits, sie sind mit einem bloßen Friedenspreis für Milch nicht zufrieden. Beim Eisenbahnerstreik und beim Streik der Berliner Gemeindearbeiter erhob die Bourgeoisie ein großes Geschrei über die schweren Schäden des Streiks, vor allem für die Kranken. Aber beim Hungerstreik der Großhändler und Milchhändler verhielt sie sich ganz anders, daß durch diese Sabotage um des Profits willen Tausende von Millionen Kindern und Kranken um das Leben gekommen werden. Auch von einer Einleitung der Technischen Hilfe, die bei Arbeiterstreiks sofort auf dem Plane erscheint, hört man bei dieser Gelegenheit nichts. Auch die Technische Hilfe ist eben ein Instrument des Klassenkampfes gegen die Arbeiterkraft. Trotzdem wird sie — und vergessen wir nicht, das a l l e n Arbeitern zu sagen — von einer Regierung finanziert, in der die Sozialdemokraten sitzen.

Die Krankheit des Genossen Lenin

DE. Riga, 21. März. In diesem Sowjetzettel wird entschieden in Abrede gestellt, daß die Krankheit Lenins eine irgendwie unmittelbare gefährliche Wendung genommen habe. Seine Krankheit wird nach wie vor als ein Ergebnis seiner hochgradigen Ueberanstrengung hingestellt, in deren Gefolge sich zu einer gewissen merkwürdigen Abspannung im Bereiche des Gehirns eine Gefährdung aus dem Sowjetzettel, daß die Verschlimmerung in Lenins Befinden keinen unmittelbar bedrohlichen Charakter habe, wird dadurch gestützt, daß Lenin am 6. März in der kommunistischen Fraktion des Metallarbeiterkongresses in Moskau, nachdem er längere Zeit nicht mehr öffentlich aufgetreten war, wieder eine große Rede zu halten imstande war. In dieser Rede hat Lenin bekanntlich die Hoffnung ausgesprochen, persönlich nach Genewa reisen zu können. Ueber seine Krankheit sagte er nur, daß sie ihm mehrere Monate lang nicht die Möglichkeit gegeben habe, unmittelbar an den politischen Geschäften teilzunehmen und ihm nicht erlaube, sein Sowjetamt auszuüben. Doch erklärte Lenin, er habe Grund zu der Ueberzeugung, daß er in wenigen Wochen zu seiner ununterbrochenen Arbeit zurückkehren könne.

Wie dem „Dit-Express“ auf Anfrage von der Berliner russischen Sowjetregierung aus beheimlichter erklärt wird, sieht die Meinung Professor Klemperers nach Moskau in seiner Beziehung zur Verheilung Lenins, dessen Gesundheitszustand eine besondere Konstatation nicht erforderlich mache.

DE. Berlin, 21. März. Der Chef der Berliner sowjetistischen Handelsvertretung, Stomonjatow, kehrt, wie der „Dit-Express“ erzählt, am Donnerstag aus Moskau nach Berlin zurück. Wie verläßt hat Stomonjatow, im Zusammenhang mit dem feierlichen von Lenin und Klementiew in der Moskauer Konferenz stattgefundenen Besprechungen der Sowjetregierung für die Gestaltung der deutsch-russischen Beziehungen zu überbringen. Ferner führt Stomonjatow Materialien für die Genuever Konferenz mit sich.

Sowjet-Rußland gegen die französischen Kolonisationspläne

DE. Moskau, 21. März. „Iswestija“ nehmen Stellung gegen das Gutesachen der französischen Kolonialpolitiker, wonach der Wiederaufbau und die wirtschaftliche Entfaltung Rußlands zunächst mit den Randgebieten, dem Kaukasus und der Ukraine, beginnen sollte. Das Blatt erklärt hierin politische Beweggründe. Frankreich wollte die im Westen und Südwesten bereits erfolgreiche durchgeführte Entretung Rußlands namentlich im Süden und Südosten vollenden, wobei die Randgebiete als Aufmarschgebiet für die französischen Interessenpolitik bilden würden. Auch die Moskauer „Tribuna“ erklärt, daß die Vorbereitungen der europäischen Diplomatie für Genewa sich die Schaffung einer antipolitischen Einheitsfront gerichtet seien. Sowjet-Rußland müsse ebenfalls alle Vorbereitungen, insbesondere bezüglich der Rote Armee, treffen, da die Gefahr einer neuen Intervention von Tag zu Tag wachse.

Politische Nachrichten

Die Münchener Polizei beschlagnahmt kommunistische Flugblätter gegen die §§ 218 und 219

Die Polizei nahm am Samstagmorgen in Münchener Parteibureau der KPD, und bei verschiedenen Genossen Hausdurchsuchungen vor. Sie beschlagnahmte ein Flugblatt der KPD, Südbayern. An alle Frauen und Mädchen. Ziel des Flugblattes fordert die sofortige Einführung der entgeltlichen Abtreibungsoperationen, die den Frauen und Mädchen, die bei der heutigen wirtschaftlichen Not nicht Mütter werden können, das Verfügungsrecht über ihren eigenen Körper rauben. Diese Beschlagnahme ist zwar verallgemeinernd möglich und begründet, aber in Bayern spielt man ja auf die Verführung.

Für die Rußlandhilfe

Die Reichszentrale des Verbandes der Kopf- und Handarbeiter hat folgenden Beschluß gefaßt: „Zur Unterstützung eines Kinderheimes in Moskau, welches den Namen für „Kinderheim der Union der Hand- und Kopfarbeiter Deutschlands und des Allrussischen Arbeiterverbandes“, des Marktes im Werte von 2 M. herauszugeben. Monatlich müssen 25 000 M. zur Erhaltung des Kinderheims aufgebracht werden.“

Die Reichszentrale teilt mit, daß mehrere Sachverständigen von Rheinland-Westfalen beschließen haben, ihre Sachverständigen für diesen Zweck zur Verfügung zu stellen.

Ausland

Die Ordnung herrscht in Südafrika

Wie aus London gemeldet wird, ist die Ruhe in Südafrika wieder hergestellt. 10 000 Arbeiter betreten in der Gegend um die Regierung. Nach dem amtlichen Bericht wurde im Gewerkschaftshaus in Johannesburg die beiden Streikführer Joffe und Spennitt tot aufgefunden. Die Polizei erklärt, daß die Schloßmord begangen haben. (1) Eine neue Kommunalbehörde hat in Südafrika eingesetzt. Die Regierung erklärt formell, daß der letzte Zustand „das Wert von Volkswirtschaft, internationalen Sozialisten und Kommunisten“ gewesen sei. Die Meinung des Generalstaats Stutus ist einfach lächerlich. Denn der Zustand der südafrikanischen weißen Arbeiterkollaborate, der sich ebenso fest gegen die Massen des Negeproletariats, wie gegen die Kapitalisten richtete, war wirklich keine kommunistische Aktion. Untere Genossen in Südafrika vertreten unbedingt den Gedanken der Einheitsfront des schwarzen und weißen Proletariats. Die Einheitsfront ist es, welche die Kapitalisten Angst haben. Vor holländischen Händen der weißen Arbeiter hat man keine Furcht; und das letzte System würde in Südafrika zusammenbrechen, sobald die Hunderttausende des schwarzen Proletariats mit in Aktion treten. Deshalb will die herrschende Klasse jetzt die Gelegenheit ausnutzen und durch die Kommunisten die Einheitsfront der künftigen proletarischen Einheitsfront in Südafrika verbieten.

Aber die Ausschließung der südafrikanischen Ereignisse geht noch weiter. Am englischen Unterhaus fragte der reaktionäre Abgeordnete Newman, ob Lord George immer noch bei der Arbeit bleiben wolle, mit Vertretern der Sowjetregierung in einer Konferenz zusammenzukommen, wo es sich herausgestellt habe, daß die russische Regierung mit dem Ausbruch des Bürgerkrieges in Johannesburg in Verbindung kam. Minister Chamberlain erwiderte, er könne keinen offiziellen Beweis für die Richtigkeit dieser Anschuldigung beibringen.

Die Mutjüttig in Südafrika arbeitet

London, 22. März. Wie aus Kapstadt gemeldet wird, leitete General Smuts im südafrikanischen Parlament zur Wiederberufung der Revolution mit, die Revolutionäre, die die Führung der im Anfang dieses Jahres übernommenen Einheitsfront übergeben hatten, ihre eigene Regierung zu errichten. Einrichtungen zu vollziehen, ihre eigene Regierung zu errichten. Einrichtungen zu vollziehen und in Johannesburg ein Blutbad anzurichten. Sie hatten nach der Errichtung einer Sowjetrepublik getrieben. Die Regierung habe beschließen, die Schulbücher des Bürgerkrieges im Lande abzuschaffen zu lassen. Zitiervorträge würden unter Auflage des Wortes vor Gericht gebracht werden. Ein Verbot, eine Unterdrückung der Urkunden durch den Völkerverbund vornehmen zu lassen, wurde von Smuts abgelehnt mit der Begründung, Südafrika sei vollkommen in der Lage, seine eigenen Angelegenheiten selbst zu regeln.

Konflikt in der englischen Schiffbauindustrie

London, 20. März. (Antel). Der Verband der Arbeitnehmer in der Schiffbauindustrie hat eine Vollversammlung abgehalten, über die ein kurzes Communiqué veröffentlicht wurde. Es ist darüber sehr unzufrieden, daß am 20. März eine weitere Konferenz in London in Arbeit tritt. Das würde eine Ausprägung der Werftarbeiter zur Folge haben, von der nicht weniger als 300 000 Arbeiter betroffen würden. Die Beschlüsse der Versammlung sind den Trade-Unions mitgeteilt worden. Der Generalrat der Trade-Unions tritt heute zusammen, um sich über den Fortschritt der Arbeit zu beraten, die zur Errichtung eines außerordentlichen Kongresses der Trade-Unions Stellung zu nehmen. Der außerordentliche Kongress soll die Hilfe für die ausgebeuteten organisierten und über ein geschlossenes Vorgehen gegen den Angriff der Unternehmer beraten. Nach der Tagung des Generalrates wird eine gemeinsame Konferenz des Generalrates der Labour-Partei und der Trade-Unions vorbereitet. Es ist möglich, daß ein allgemeiner Ausbruch für alle Branchen im Auge gefaßt wird. Die Führer der Labour-Partei bemühen sich, eine Vermittlung herbeizuführen.

Vorzugsweise Ausprägung der Züricher Sozialarbeiter

Zürich, 21. März. (Antel). 5000 Sozialarbeiter stehen hier vor der Ausprägung. Am 16. und 17. März im Hinblick auf die Einheitsfront in Italien, in deren Interesse die Sozialarbeiter mit einer 15 Centimes pro Stunde bekannt gegeben und den Arbeitern mitgeteilt wurde, daß sie sich im Falle der Ablehnung ausgesetzt zu betrachten hätten.

Sofortarbeiterstreik in Italien

Rom, 21. März. (Antel). Anlässlich der im Hafen von Neapel verübten Terrorakte hat die Föderation der Sofortarbeiter den allgemeinen Streik in allen italienischen Städten angeordnet.

Internationales

Genosse Sinowjew für die Dritte Internationale freigelegt?

Der antihörschenschaftliche Diktator meldet: Der „Sozialistische Weltgeist“, das Berliner Organ der russischen Menscheviken, will erfahren haben, daß der Zentralkomitee der russischen Kommunistischen Partei Sinowjew von seinem Petersburger Vorgesetzten abberufen wurde, weil er sich hütet, der Zentralregierung untreu gemacht habe. Um den Schein zu wahren, ist die Exekutive der Dritten Internationale veranlaßt worden, Sinowjew auszuordern, er möge seine gesamten Kräfte der Leitung der Dritten Internationale widmen und zu diesem Zweck nach Moskau überfiedeln. Als Nachfolger Sinowjews auf dem Posten des Vorsitzenden des Petersburger Sowjets ist der frühere Vorsitzende des Westsibirischen Revolutionarates Sinowjew ausgerufen worden.

Sie können die Richtigkeit der Meldung im Augenblick nicht nachprüfen, bemerkt dazu die „Rote Fahne“, können aber mit aller Bestimmtheit erklären, daß es augenscheinlich Schwindel ist, wenn das Menschevikenorgan behauptet, Sinowjew ließe von seinem Petersburger Vorgesetzten abberufen werden, weil er sich dort der Zentralregierung „unbequem“ gemacht habe.

In der Tat verhält es sich so, daß sich das russische Zentralkomitee nicht beschließt mit der Frage beschäftigt hat, ob es nicht möglich ist, die Genossen Sinowjew von seinem Petersburger Posten zu befreien und ihm die Möglichkeit zu verschaffen, sich ganz der Tätigkeit an der Exekutive der Dritten Internationale zu widmen. Bisher ist die Frage vom russischen Zentralkomitee stets verneint. Sie wurde aber vor mehreren Delegationen in der Konferenz der erweiterten Lenins in Moskau anerkannt und die Tagesordnung gestellt. Ein Antrag, der eine Reihe von Unterfragen trug, verlangt in seiner ursprünglichen Fassung von der KPD, kategorisch die Entsendung des Genossen Sinowjew von seinem Petersburger Posten. An die nachdrücklichen Einmände, die mehrere Mitglieder des russischen Zentralkomitees vorbrachten, wurde beschließen, den Antrag abzulehnen, das ist lediglich aus einem einseitigen Wunsch der KPD heraus, den Sinowjew unter den unterliegenden Unterfragen zu geben. Das ist gegeben. Wenn das Zentralkomitee nun einen Weg gefunden haben sollte, auf dem sich der Wunsch der Konferenz ermöglichen läßt, so würden wir das aufs wärmste begrüßen.

Die Bergarbeiter am Wendepunkt

Von Gustav Sobotta

Die Zukunft der gesamten Wirtschaft ist die Kohle. Von ihrem Preisstand hängt die Preislage der gesamten Kohle, die Höhe der Löhne, die Kosten der Lebenshaltung unermesslich ab. Wenn der Kohlepreis sinkt, sinkt auch der Preis der Lebensmittel, sinkt die Kaufkraft, sinkt die Produktion, sinkt die Produktion, sinkt die Produktion...

Es besteht der Verein der deutschen Kalkinteressen in einer Eingabe an das Reichswirtschaftsministerium. Damit wird erklärt: erreicht der Preis der deutschen Kohle den Weltmarktpreis, dann hat in Deutschland die gleiche Zukunft zu erwarten, unter denen England und Amerika leiden. Das Meer der Arbeitslosen wird uns umgeben sein.

Das Erreichen des Weltmarktpreises bedeutet einen Wendepunkt in der bisherigen Lohnpolitik. Die Unternehmer können nicht weiter, so wie bisher, jeder nachfolgenden Lohnserhöhung eine neue vorzügliche Preissteigerung folgen lassen.

Deutschland steht dem Auslande im Konkurrenzkampf nicht mit gleichen Mitteln gegenüber. Die Wirtschaft der anderen Länder ist frei, während auf unseren Schultern die ungeheuerlichen Ernteverluste liegen, die auch bei nur teilweiser Ernteausfall solche Verheerungen beschaffen, daß sie keine normale Konkurrenz unmöglich machen müßten.

Sie wird es offen ausgeprochen: erreichen die Kohlen und damit alle Waren den Weltmarktpreis, dann müssen die Unternehmer die Arbeitskraft geringer entlohnen. Damit erhalten die Lohnempfänger, besonders die Bergarbeiter, ein verändertes Gesicht. Die Steigerung der Nominallöhne, womit man in den letzten 3 1/2 Jahren die Arbeiter täuschte, ist nicht mehr möglich.

Bis jetzt war es so: verlangten die Bergarbeiter eine Lohnserhöhung, dann wurde nicht über die Höhe der Lohnzulage verhandelt, sondern zunächst darüber, bis zu welcher Höhe die Kohlenpreise gesteigert werden könnten. Die Unternehmer sind zu jeder Lohnserhöhung bereit, wenn sie den Ausfall und erheblich mehr durch höhere Kohlenpreise ausgleichen dürfen. Und sie verweigern kein Mittel, um ihre "Wünsche" durchzuführen. Als Sommer 1920, als die Regierung ansichendend Forderungen der Kohlenarbeiter überforderte, um entgegenzusetzen geneigt war, die Unternehmer ein Druckmittel als notwendig erachteten, verlusteten sie sogar die Betriebsräte für sich zu mobilisieren. Grubenbesitzer sagten zu ihnen, als Antwort auf Fragen über die Höhe der Löhne: "Was uns liegt es nicht, wenn Sie nicht mehr verdient. Wenn die Regierung die Kohlenpreise erhöht, zahlen wir gern höhere Löhne."

Die übrige Großindustrie ist durchweg mit dem Spekulationskapital organisiert und finanziell versippt. Es gibt nur wenige reine Kohlenzeiger. Die meisten sind mit Hütten- und Eisenwerken verbunden. Daher spielt für die Hütten- und Stahlindustriellen der Kohlenpreis auf dem Inneamt Markt keine Rolle. Bei niedrigen Kohlenpreisen erlangen sie größere Gewinne, aus den übrigen Erzeugnissen. Bei hohen Kohlenpreisen hoch, dann weichen sie an der Kohle. Die Hüttenbesitzer im Inlande sind unmittelbar das Reich, die Eisenbahn, die Städte, die Kleinverbraucher aller Gewerbezweige. Schließlich jedoch muß immer der Verbraucher letzter Hand zahlen. Die Kaufkraft der Bergarbeiter ist trotz der verheerenden Lohnserhöhungen in den ganzen Jahren nicht gestiegen, sie ist erheblich gesunken. Nach einer Berechnung der "Bergarbeiter-Zeitung" betrug der Lohnanteil eines Bauers vom Preise einer Tonne Kohlen: im März 1918 50 Prozent; im März 1919 43 Prozent und im März 1922 bei 161 Mt. Durchschnittslohn für einen Bauer mit drei Kindern, nur noch 26,9 Prozent.

Nach Calwer betragen die Lebenshaltungskosten für Mann, Frau und zwei Kinder pro Woche im dritten Vierteljahr 1918 59,46 Mt., im dritten Vierteljahr 1921 354,36 Mt. Gegen das Jahr 1918 beträgt die Steigerung 647,7 Prozent. Der Durchschnittslohn, nach der Gesamtarbeiterkraft im preussischen Bergbau berechnet, betrug im dritten Vierteljahr 1918 9,22 Mt., im dritten Vierteljahr 1921 51,88 Mt. Die Steigerung ergibt nur 551,5 Prozent. Die Lohnsteigerung bleibt somit hinter der Steigerung der Lebenshaltungskosten noch erheblich zurück. Bei den eigentlichen Bergarbeitern, den Bauern, ist das Verhältnis noch ungünstiger. Nach einer Aufstellung des Rechenverbandes ergibt sich folgendes Bild: Setzt man den Gesamt-Durchschnittslohn gleich 100, dann betrug der Durchschnittslohn der Bauer:

| | 1913 | Januar 1921 | Dez. 1921 |
|---|------|-------------|-----------|
| Bauer | 120 | 116 | 112 |
| Zimmerbauer | 107 | 109 | 108 |
| Schlepper vor Ort | 100 | 100 | 97 |
| Uebrige Untertagearbeiter | 90 | 90 | 90 |
| Flächenarbeiter (Schlepper, Gärtner, Schmelzer) | 100 | 100 | 100 |
| Sonstige Oberbergsarbeiter | 82 | 88 | 94 |

Der Anteil der Bauer ist von 120 auf 112 gesunken. Für die Zimmerbauer stieg er von 107 auf 108; für Schlepper vor Ort fiel er von 100 auf 97, blieb für die anderen Untertagearbeiter unverändert. Günstigen ist der Anteil für Flächenarbeiter von 100 auf 109, für die sonstigen Oberbergsarbeiter von 82 auf 94. Der gesamte Bergmann, der Bauer, hat bei der Lohnpolitik der letzten Jahre am erfolgreichsten abgefunden. Dabei sind die Löhne der übrigen Arbeiter unermesslich gestiegen. Die Proletarier und auch die Bergarbeiter können bei der Veredelung nur schäßen durch ein Hintraufziehen ihrer

25000. Aber der Unternehmer wird sich nun anders verhalten als früher. Er kann nicht mehr eine Lohnserhöhung verlangen, um durch noch höhere Preiszuschläge den Profit zu heizen. Mit weiteren Preissteigerungen würde er sich dem Weltmarkt verdrängen. Die Unternehmer können nicht mehr bewilligen, ohne den Profit abzugeben. Das wollen sie selbstverständlich nicht. Die Lohnempfänger werden daher ganz andere Formen annehmen müssen, als die Arbeitsgemeinschaftspolitik die üblich gemacht hat. Nicht mehr sind am Verhandlungstisch die Unternehmer zu bewegen, Aufschläge zu bewilligen. Die Bergarbeiter müssen andere Mittel anwenden, um sie willig zu machen; die Bergarbeiter müssen kämpfen.

Am April 1919 tobte ein gewaltiger Kampf um die Sozialisierung der Bergarbeiter und um die Beschleunigung. Seitdem haben die Bergarbeiter sich nicht wieder dazu entschließen können, einen Kampf für die Befreiung aufzunehmen. Die Arbeitsgemeinschaft kann sie nicht länger über die wirkliche Lage hinwegtäuschen. Die Bergarbeiter werden nun, wie bisher für andere Gruppen des Proletariats, die ganze Zeit der kapitalistischen Wirtschaft in der Nachkriegszeit zu folgen bekommen. Wollen sie dem Druck sich entziehen, so ist es jetzt nur ein Mittel; sie müssen ihre Organisationen danach einstellen, damit sie aus der Harmoniebeselzung herauskommen, die bevorstehenden Kämpfe organisieren und sie als Klassenvertretung durchföhren.

Gewerkschaftsbewegung

Lohnbewegung der Berliner Metallarbeiter

In der Berliner Metallindustrie werden die weitest niedrigen Löhne aller Berufsstände gezahlt. Diese Tatsache veranlaßt vor kurzem die Kesselschmiede einer großen Lokomotivfabrik, ihre Kündigung einzulegen. Diese Kündigung bei einer Branche, ohne die eine Weiterführung des Betriebes unmöglich ist, brachte nicht nur die Inhaberschaft, sondern auch die Leitung des Metallarbeiterverbandes auf die Berliner Bergarbeiter, die sofort Verhandlungen über eine gründliche Lohnserhöhung gepflogen werden, gegen die Kesselschmiede ihre Kündigungen vorläufig zurück.

Am letzten Sonnabend fand nun die Verhandlung statt. Die Arbeitervertreter forderten eine gleichmäßige 50prozentige Erhöhung aller Löhne und Gehälter. Demnach die Industriefabrik in der umfangreiche Vertretung aller Bergarbeiter in eine vorhergegangenen Beirathung anerkannt, erklärten sie, nur für die Arbeiter der Lokomotivfabrik, als den am niedrigst bezahltesten, eine Stundenlohnzulage von 1,50 Mt. geben zu wollen. Weiter boten sie eine Erhöhung der Familienzulagen um 50 Prozent an. Dies ist ein weitestgehender Anstieg, das sie machen könnten.

Es ist selbstverständlich, daß die Verhandlungskommission dieses den Steuerungsverhältnissen hochsprechende Angebot ablehnten. In einer Sitzung wird das Metallarbeitsamt für die Lohnbewegung und dem bisherigen Ergebnis Stellung nehmen.

Die Berliner Metallarbeiter rufen sich zum Kampf. Nicht allein um eine grundlegende Lohnserhöhung, sondern auch gegen einen so perfidulierten Tarif wie den Berliner, den außer dem Unternehmergremium nur einige Verhandlungsbeamte ganz verstehen, werden sich die Berliner Metallarbeiter. Bleiben die Industriefabrik hartnäckig, ist mit Sicherheit auf einen großen Kampf zu rechnen.

Streit in den Berliner Großschlächtereien?

Berlin, 22. März. (Eigene Drahtmeldung.) Zwischen den Gesellen in den Großschlächtereien und den Großschlächtern ist es zu einem Konflikt wegen Lohnfragen gekommen. Die Unternehmer wollen die geforderten Löhne nicht bewilligen. Wahrscheinlich wird heute oder morgen der Streik ausbrechen.

Gescheiterte Verhandlungen im Zeitungsgewerbe

Berlin, 22. März. (Eigene Drahtmeldung.) Zwischen den Vertretern der Angehörigen und den Unternehmern im Zeitungsgewerbe waren Verhandlungen wegen Neuregelung der Besätze aufgenommen worden. Die Unternehmer schienen jedoch die Forderung der Angehörigen ab. Die Verhandlungen verliefen ergebnislos. Die Arbeitnehmer haben nunmehr den Schlichtungsausschuß angerufen.

Aus der Beiratsitzung des Deutschen Legilarbeiter-Verbandes

Eine Beiratsitzung des DLR, beschloß sich mit den zehn Forderungen des DLR, den Gehaltentwürfen des neuen Arbeitervorstandes, unter dem Vorsitz des Reichstages, aufgeführt, intensiver als bisher die am 15. November aufgestellten zehn Forderungen nicht nur zu propagieren, sondern in den sozialistischen Parteien und gegenüber der Regierung für die Arbeiter zu verteidigen. Ein Antrag wurde gestellt, die Interessen der Partei, der er überwiegen an dem unbedingten, unbedingten Kompromiss, wie bei der jetzigen Steuerentlastung mit Entschiedenheit ablehnen. Am Anfang an diese Entlastung wird die Arbeiterkraft aufgeföhrt den Widerstand der sozialistischen Parteien zu besetzen und eine Zusammenfassung aller Kräfte zu erreichen. Der Beirat fordert den Zusammenstoß der sozialistischen Parteien im Parlament, um die proletarische Macht wirksamer zu gestalten.

In der Frage des neuen Arbeitervorstandes verlangt der Beirat die Zusammenfassung der vielen Verordnungen und Entwürfe zu einem einheitlichen Gesetz, das frei von allen Entwürfen und arbeitervorstandes sein soll. Die in den Entwürfen zur Schlichtungsordnung und zum Arbeitsarbeitsgesetz in den §§ 55 bzw. 10 vorgesehene Einföhrung des Koalitions- und Streikrechtes muß mit aller Entschiedenheit abgelehnt werden. Den schäblichen Vortritt führt bei in verheerenden Entwürfen fehlgeschlagenen Schlichtungs- und Aufhebung der Gesetze, die in der rechtlichen Vertretung der Arbeiterorganisation heraus. Ebenso muß verworfen werden, daß den Arbeitervorstandes gestattet werden soll, Arbeitswillige auf Wunsch an Unternehmern, die in Bewegungen stehen, zu vermitteln. Den Erfolg der Arbeitervorstandes fordern die Arbeitervorstandes, zu der die Arbeiterbeiträge leisten sollen, lehnt der Beirat ebenfalls ab.

Der Beirat fordert ein Arbeitsgesetz für alle in Deutschland gegen Lohn oder Gehalt beschäftigten Personen auf der Grundlage des achtundzwanzigsten Arbeitstages. Er verlangt die Ratifizierung des Washingtoner Abkommens.

Schließlich wendet sich die Entschließung gegen die Einföhrung des Sozialrechtes. Der Staat habe die Aufgabe, durch sozialgesetzgeberische Maßnahmen, Steuerbefreiung, Schulgebühren, Schulleistungen, Schulleistung, freie Lehrmittel, Freizeiten usw. zur Unterstützung des gemeinnützigen Wohls beizutragen. Wir verlangen die Einföhrung des Sozialrechtes des DLR, insbesondere jedoch, als ein DLR, nicht nur Worte, sondern Taten geföhrt werden. Wenn in der Frage der verschiedenen Entwürfe zu einem Arbeitervorstand ein großer Durchbruch herrscht, wenn die Reaktionen verstanden, und schließlich, arbeitervorstandes Bestimmungen hineinzubringen, ist nicht möglich, der DLR, sich. Eine unklare Fassung in der Frage eines Kompromisses bei der Verhandlung des Beirats.

In der Frage des Sozialrechtes stehen wir auf dem Standpunkt, daß wohl der Staat die Verpflichtung hat, in oben gezeichnetem Sinne für die Arbeiter der Arbeiter zu sorgen. Die Festsitzung in Kassel, 8. August 1921, 20. März. Als Folge wurde mit Entschiedenheit in einem Koffer auf einen Hausbesuch der seit einer Woche verhafteten Ehefrau Kaufmann Erich Wilhelm aufgefunden. Der Täter ist verhaftet.

Aus der Provinz

2 x 850 = 1700

Arbeiterinnen und Arbeiter! Habt ihr schon einmal nachgerechnet, wie hoch heute eigentlich euer Lohn kämte? Es ist ein ganz leichtes Rechenproblem. Nehmen wir einmal an, ein einigermassen begabter Arbeiter verdiente vor dem Kriege pro Woche 400 Mark. Und das traf zu. Ja, das war wohl ungefähr in den weitaus meisten Fällen der Fall. Die Reichsbank zahlt heute für ein 20-Mark-Stück 850 Mark. Das ist nämlich der heutige Wert des Geldes in Papiermark.

Zwei 20-Mark-Stücke ergeben ihr also heute, folglich multipliziert man die Zahl 400 mit 2, das ergibt also die Summe von 700 Mark. Und das müßte ihr eigentlich heute verdienen. Was aber brüht man euch in die Fingers? Das der Werte von 2. März 1922 wurde er mit 252 Mark bezahlt. Das ist genau der 60fache Friedenspreis.

Für Förderer der Besätze wie die Tonne im Frieden mit 12 Mt. Der Preis beträgt für den Monat März mehr als 600 Mark. Das ist der 60fache Friedenspreis.

Im Frieden gabte man für eine Tonne Weizen 190 bis 200 Mark. Heute kostet dieselbe Menge 12.500 Mark. Das ist mehr als der 60fache Friedenspreis. Es ist nur eine Frage kurzer Zeit, daß diese Preise, wie sie im Großhandel gelten, und diese Devisenrate sich auch im Kleinhandel auswirken.

Der Lohn der Arbeiter, Angestellten und Beamten ist heute beinahe fünfzigmal so hoch wie im Frieden. Wo ran liegt es? Weil die Regierung nicht die unerschütterlichen Beziehungen des Entente-Kapitalismus durchföhren will. Weil sie nichts getan hat, die Schwärze zu erlassen. Weil sie die deutschen Kapitalisten mit der billigen deutschen Arbeitskraft (Kampfs) Käufer treiben läßt. Weil sie nicht anders zu Geld zu kommen weiß, als durch ein Steuerkompromiß, das die Hälfte des Arbeitseinkommens der wertvollsten Bevölkerung verschluckt. Wann wird das Geld ein Ende haben? Wenn die arbeitenden Massen sich zum Kampf um ihre Lebensinteressen sammeln, wenn sie sich ein Arbeiterparlament schaffen, die die deutschen Kapitalisten zu Boden zwingt.

Entschädigung für die Hintersarbeit

Richter und Staatsanwälte hatten im Vorjahre nach der Märzaktion eine besondere Freude darin gefunden, die revolutionären Kämpfer zu Tausenden in die Justizhäuser und Gefängnisse werfen zu können. Die auf Gehalt Gehalt mit Wollust geföhrt worden, die bereits eine besondere Vergütung bezahlt worden. Sie sind damit aber nicht zufrieden, wie aus einer Anfrage des sozialistischen Reichstagsabgeordneten Dr. Curtius und Dr. Heine an die Reichsregierung hervorgeht und in der es u. a. heißt:

Bei den auf Grund der Verordnung des Reichspräsidenten vom 29. März 1921 errichteten außerordentlichen Gerichten sind eine Reihe von Richtern, Anklagenführern, Gerichtsschreibern, Sekretariats, Kammer- und Unterbeamten neben ihrer sonstigen dienstlichen Tätigkeit beschäftigt gewesen. Sie sind ihnen durch Erlaß des Reichsministers der Justiz vom 5. April 1921 eine besondere Vergütung in Aussicht gestellt worden. Die Tätigkeit bei den außerordentlichen Gerichten war für alle Beamten schwer, verantwortungsvoll und nicht angestrichelt. Sie hat die Beamten, die von ihrer sonstigen umfangreichen dienstlichen Beschäftigung in Anbetracht genommen sind, ganz außerordentlich in Anspruch genommen. Dieser Anspannungnahme werden die genannten Vergütungen nicht gerecht. Die Befreiung der Vergütung ergründete sich dementsprechend auf vorherige Feststellung der Stunden, die die Beamten für die außerordentlichen Gerichte tätig gewesen sind. Die daraufhin ausgefallenen Vergütungen, an einen der Richter 8, 2 für 128 Stunden 700 Mt., bei einem zweiten für 87 Stunden 320 Mt., ergeben durchschnittlich Stundenvergütungen für Richter und Anklagenführer von 5,76 Mt. bis 6 Mt., für Justizobersekretäre 4 Mt. usw. Diese Höhe, die noch nicht einem Drittel der Stundenlohn der Industriearbeiter gleichkommt, sind für die in Frage kommenden Beamten geradezu entwürdigend; sie fühlen sich mit Recht zurückgesetzt und gekränkt und können bei gegähnten Vergütungen nicht als Erfüllung des vor Jahren bei der besonderen Tätigkeit erklärten Versprechens seitens des Reichsministers der Justiz ansehen. Wir fragen an: Sind diese Vergütungen der Reichsregierung bekannt und ist sie bereit, den Beamten eine ihrer Tätigkeit angemessene und ihrer Stellung würdige Vergütung zu gewähren.

Man kann damit einverstanden sein, wenn die Unterbeamten, die ohnehin schlecht bezahlt sind, eine besondere Vergütung bekommen, umal sie an den Sondergerichtshöfen beschäftigt worden sind. Wenn aber die Richter und Staatsanwälte mit ihren hohen Gehältern noch hohe Vergütungen beantragen, so ist das ohne weiteres abzulehnen. Sie haben damals die Arbeit an den Sondergerichten freiwillig auf sich genommen, weil sie ihnen aus ihrem Klienteninteresse heraus ein gewisses Vergnügen bereite, und haben deshalb durchaus keinen Anspruch auf besondere Vergütung. Eigentlich müßten sie für ihre damalige Tätigkeit noch Vergütung zu leisten.

Jugendweibe. Für die Kinder derjenigen Eltern, die der Kirche nicht mehr angehören, veranlaßt der Stiftungsausschuß als Ersatz für die kirchliche Konfirmation auch in diesem Jahre eine Jugendweibe, die am 2. April stattfindet. Damit jedes aus der Schule entlassene Kind mit einem Erinnerungsbüchlein versehen werden kann, erlösen wir sofort die Anmeldungen im Konfirmationsverein oder Volksbildungsabteilung zu bewirken. Wir müßten jedoch schon darauf aufmerksam, daß in Bezug auf freierwillige Jugendweibe der kirchlichen in nichts nachgeben wird.

Explosion. Dieser Tage erfolgte eine Explosion in der Trodenkühlanlage der Breitenfabrik. Gewaltige Flammen tobten hoch auf; der Betrieb mußte sofort stillgelegt werden. Seit Sonnabend ist dies schon die zweite Explosion. Zu Schaden gekommen ist niemand.

Lukinol
besitzt schnell sicher und schmerzlos
Kühneraugen
Arztlos
Hornhaut, Schwelmen, Warzen
in Apotheken, Drogerien erhältlich

